

Man sollte Klima-Extremisten nach Blockaden auch mal einsperren

Gestern Köln-Bonn, heute Frankfurt. Und morgen? Klimaextremisten der sogenannten „Letzten Generation“ haben am Morgen den Flugbetrieb am Frankfurter Flughafen stundenlang lahmgelegt. 170 Flüge wurden gestrichen, der Flugplan am größten deutschen Airport ist immer noch gestört. Immerhin könnten die Klima-Idioten von der Startbahn abgelöst werden, sie warten in Polizeigewahrsam auf einen Richter, der entscheiden muss, wie es mit ihnen weitergeht.

Die Linksradiكالen verschafften sich mit „kleinen Kneifzangen“ durch den Maschendrahtzaun Zugang auf das Flughafengelände. Zu Fuß, mit Fahrrädern und Skateboards gelangten die Demonstranten dann zu den Startbahnen.

Allein das ist im Grunde schon unfassbar

Dass es nicht möglich ist, so etwas zu verhindern. Ich meine, die Klimakids könnten auch Terroristen sein, unterwegs nicht mit Kneifzangen und Klebstoff, sondern mit Sprengkörpern. Wenn sowas mal passieren sollte, sind unsere Politiker dann wieder total überrascht.

Ich wiederhole mich, aber diese Leute sind verstrahlte Wohlstandskinder, die glauben, auf einer Mission zur Rettung der Welt zu sein. Aber sie sind gefährlich, sie sind auf einem schlimmen Weg zu immer mehr Radikalität. Lesen Sie die Geschichten über die Anfänge der Baader-Meinhof-Bande und dann der RAF! Auch eine Ulrike Meinhof hat nicht mit Gewalt angefangen, sondern als Journalistin über soziale Missstände in Deutschland recherchiert und berichtet. Eine Idealistin durch und durch, aufgewachsen im verschlafenen Oldenburg, wo sie eine katholische Schule besuchte. Später demonstrierte sie gegen Atomwaffen und die Notstandsgesetze. Und dann ging sie in den bewaffneten Kampf über.

All das kann auch mit den Klimaextremisten passieren, die auf einer Mission sind

Ich meine, die Welt retten, das ist schon eine Aufgabe, die ein bisschen mehr erfordert als zur Demo zu gehen oder zu publizieren, oder?

Unser Staat muss massiv gegen die „Letzte Generation“ vorgehen, ihre Aktionen konsequent unterbinden. Diejenigen, die den Berufsverkehr in der Hauptstadt zum Erliegen bringen, die Flughäfen blockieren, dürfen sich nicht mit gemeinnütziger Arbeit und einer Geldbuße freikaufen können. Da müssen Gerichte diese Leute, die glauben, um der höheren Sache willen, Regeln und Gesetze gelten nicht für sie, auch mal ein paar Monate einsperren. Vielleicht kommt dann wenigstens ein Teil von denen zur Besinnung.

Polen will 1,3 Billionen Euro Reparationen - und rechnet den ökonomischen Wert getöteter Menschen vor

Unser östliches Nachbarland Polen will Reparationen von uns Deutschen. Für die Schäden, die Nazi-Deutschlands Truppen beim Angriffskrieg 1939 und bei der Besetzung danach angerichtet haben.

Kaczynski, Polens starker Mann, sagte dazu: «Die Deutschen sind in Polen eingefallen und haben uns enormen Schaden zugefügt. Die Besetzung war unglaublich verbrecherisch, unglaublich grausam und hatte Auswirkungen, die in vielen Fällen bis heute anhalten.»

Erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass ich „die Polen“ sehr mag. Diejenigen, die ich persönlich kennengelernt habe, aber auch unseren EU- und NATO-Partner, die sich in diesen Monaten als Stützpfeiler des westlichen Bündnisses erweisen, und die gegenüber dem Aggressor Russland eine deutlichere Sprache sprechen, als es sich deutsche Regierungsmitglieder trauen würden.

Dennoch empfinde ich die Forderung von 1,3 Billionen Euro als nahezu grotesk – genau 83 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen.

Die Bundesregierung antwortete in seltener Entschiedenheit: «Die Position der Bundesregierung ist unverändert. Die Reparationsfrage ist abgeschlossen.» Denn Polen hat 1953 auf weitere Reparationen verzichtet und das danach noch mehrfach bestätigt. «Dies ist eine wesentliche Grundlage für die heutige Ordnung Europas.» Deutschland stehe aber «politisch und moralisch zu seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg».

Nach Berechnungen einer Kommission, die die polnische Regierung eingesetzt hatte, kamen durch den Krieg und die deutsche Besatzung mehr als 5,2 Millionen Menschen in Polen ums Leben. Ein Fünftel davon seien Kinder unter zehn Jahren gewesen.

Allein die Verluste durch die ausgebliebenen Einkommen der Getöteten schätzte die Kommission auf 919 Milliarden Euro, und bewies damit gleich, dass ein solcher „Body count“, wie die Amerikaner das nennen, mit einer Bewertung des ökonomischen Wertes getöteter Menschen niemals Grundlage solcher Forderungen oder gar Verhandlungen sein darf. Mehr als 2,1 Millionen Männer und Frauen seien zudem als Zwangsarbeiter verschleppt worden.

Den materiellen Schaden Polens durch Angriff und Besatzung beziffert das Gutachten auf rund 170 Milliarden Euro. Hinzu kämen zerstörte Kulturgüter und Kunst im Wert von etwa vier Milliarden Euro. Zur Regelung der Reparationsfrage empfahl die Kommission laut Mulaczyk ein bilaterales Abkommen zwischen Berlin und Warschau.

Zu dem es nie kommen wird.

In dieser Zeit brauchen die Bürger andere Sichtweisen als die der Regierungen und des Medien-Mainstreams zur Orientierung. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.